

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatthaus Nr. 6550-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Porto, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, aus schließlich Postgebühren. — Bezugs-Verstellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Hg. für örtliche Anzeigen; 35 Hg. für auswärtige Anzeigen; 1.20 M. für örtliche Kleinanzeigen; 2.50 M. für auswärtige Kleinanzeigen. 20% Treuhand-Gebühr. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entfallender Nachschlag. — Anzeigen-Ausnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Rügen 6202 und 6203.

Samstag, 22. Februar 1919.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 81. • 67. Jahrgang.

An unsere verehrlichen Inserenten.

Infolge der seitens der Reichsregierung verfügten weiteren Einschränkung in dem Verbrauch von Zeitungspapier bitten wir wiederholt, bei der Aufnahme von Anzeigen für unser Blatt sich möglichst Kürze und Beschränkung des Umfangs zu bedienen. Die Bestimmung des Raumes und der Aufnahmezeitung müssen wir uns vorbehalten.

Der Verlag.

Die Neueinteilung Deutschlands.

Keiner der bisherigen deutschen Bundesstaaten braucht nach der Rotverfassung seine Selbstständigkeit aufzugeben oder in eine Abänderung seiner Grenzen zu willigen, wenn es ihm gefällt, als territoriales Gebilde zu bleiben, wie er ist. Von diesem Rechte werden die süddeutschen Staaten zweifellos und angekündigt gemacht Gebrauch machen. Weder Bayern noch Württemberg noch Baden denken daran, irgend etwas abzugeben, vielmehr sind die beiden Staaten darauf aus, nach fremdes Staatsgebiet hinzuzubekommen. Bayern rechnet auf die Angliederung von Sachsen-Anhalt und Sachsen-Meiningen, Württemberg auf die Einverleibung der Hohenzollernschen Lande. Es ist ja auch nichts dagegen einzuwenden, aber was diesen Staaten recht ist, sollte anderen billig sein, und wenn die Neueinteilung Deutschlands nach Namen und zusammengehörigkeit und geographischen Grundbedingungen erfolgen soll, dann darf dieser Prozess nicht vor partikularistischen Eigenbrödelereien Halt machen, dann ist beispielsweise nicht einzusehen, wie der wirtschafts-geographische und der Stammeseinklang zwischen der Hauptmasse Bayerns und der davon getrennten Rheinpfalz behauptet werden kann. In nichts aber sind die Parteien in Bayern so einig wie in der Überzeugung, daß dieser Staat, der doch auch nur das Produkt einer klugen dynastischen Politik und nicht das einer organischen Notwendigkeit ist, höchstens wachsen, keineswegs jedoch verlieren darf. Dagegen wird gerade in Süddeutschland mit einer Scheinobstilität, die freilich keine Decker zu bringen hat, über das Schicksal Preußens verhandelt, und die Teilungspläne drängen sich, als habe die bisherige Vormacht nur Scheinbedenken hinzunehmen, was über sie beschloffen wird. Preußen wird ja gewiß nicht so zusammenbleiben, wie es sich gegenwärtig darstellt; indessen wird es auch nicht in dem Maße zerfallen, wie es manchen theoretisierenden Aufstellungsgelehrten beliebt, es sei denn, daß die Tendenz der staatlichen Neueinteilung Deutschlands dorthin geht, wohnhin allein sie gehen sollte, nämlich auf die Schaffung von Gliedstaaten, deren Souveränität wesentlich geringer als heute sein darf, die im Grunde nur Provinzen der deutschen Republik mit der Zugabe einer beschränkten Autonomie zu sein hätten, ähnlich etwa wie vormals die österreichischen Kronländer. Wäre das die Grundlage, auf der nunmehr die neuen Grenzen innerhalb des Vaterlandes gezogen werden sollen, so könnten wir die weitere Entwicklung mit guten Hoffnungen erwarten. Bedenklich allerdings muß es immer wieder stimmen, daß es der Einfichtlosigkeit oder dem statischen Willen eines jeden der jetzigen „Staaten“, auch der kleinsten, anheimgefallen bleibt, ob Veränderungen überhaupt zugelassen werden dürfen. Manchmal haben diese Dinge einen unfreiwillig humoristischen Anstrich. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich unitarisch gesinnt, und ohne Zweifel ist es auch einer ihrer beständigen Führer, Wolfgang Heine. Aber Heine ist der Vertreter Anhalts, und dieser Kleinstaat hat keine Lust, von der preussischen Provinz Sachsen aufgefressen zu werden, denn er erfreut sich dank einem reichen Domänenbesitz, der blühendsten Finanzen, hat überhaupt keine Schulden und fürchtet Muten zu müssen, wenn die Grenze angefaßt wird. Was tut nun Wolfgang Heine? Nicht er gegen diese lokalpolitischen Einwände etwa allgemein-deutsche Gesichtspunkte geltend? Er denkt nicht daran, er findet nämlich die in Anhalt geduldeten Bedenken durchaus erwägenswert, er macht sie sich zu eigen und wird gewiß noch in diesem Sinne zu wirken versuchen. Das ist menschlich begreiflich, nur sieht man an dem Beispiel, wie schwer es noch sein wird, die Neuverteilung der deutschen Freistaaten durchzuführen.

Die spartakistischen Umrtriebe im Industriegebiet.

Dz. Münster, 19. Febr. Das Generalkommando gibt bekannt: In Elberfeld hatten die Angriffe der Spartakisten auf die Eisenbahndirektion und den Bahnhof zum Erfolg geführt. Der Abchnittskommandeur 11 schickte eine Kompanie mit Maschinengewehren vom Füsilier-Regiment Nr. 39 zu Hilfe, die auch den Bahnhof und die Eisenbahndirektion wieder nahmen und kurzzeitig noch besetzt hielten. Marschall Koch hat genehmigt, daß die Reitertruppen im Abschnitt 11 zur Unterdrückung der ausgebrochenen Unruhen verwendet werden.

Bochum, 20. Febr. Hier geht das Gerücht um, daß zwischen Vortrop und Sterkrade eine Schlacht zwischen Spartakisten und Regierungstruppen entbrannt sei, an der beiderseits etwa 5000 Mann beteiligt seien. Nach verläuflicher Meldung wird das Vortroper Rathaus von den Spartakisten mit Geschützen bombardiert. — In einer in Mülheim a. d. Ruhr abgehaltenen Versammlung der Kommunisten wurde mitgeteilt, daß die Regierungstruppen weiter zu-

rückgewichen seien. Die Geldbestände der hiesigen Reichsbank seien von den Spartakisten beschlagnahmt worden. — In Herne kam es zu verschiedenen Unruhen. Auf der Heide Schamrock erzwangen die Spartakisten die Freilassung ihres Führers, der in der vergangenen Nacht von der Reichswehr verhaftet worden war. Heute nachmittag fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt, in der die Spartakisten die Wagnahme der Reichswehr bewehrten vom Rathausportal verlannten. Der Arbeiter- und Soldatenrat lehnte Verhandlungen darüber ab. Als sodann die Menge zum Rathaus drang, setzte die Reichswehr Schüsse aus und es gelang ihr, die Menge zurückzudrängen und zu zerstreuen.

Verhaftung eines Weimarer Spartakisten.

Weimar, 20. Febr. Das spartakistische Mitglied des Weimarer Arbeiterrates Lindemann wurde gestern nachmittag von mehreren Kriminalbeamten verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Grund der Tatsache, daß Lindemann der Organisation zur Verteilung von spartakistischen Flugblättern, die auch zum Kampf gegen die Nationalversammlung auffordern, angehört soll.

Arbeitslosenaufrichtungen gegen den braunschweigischen Landtag.

Braunschweig, 20. Febr. (Priv.-Tel.) Im Landtagsgebäude kam es gestern nachmittag, während das Plenum des Landtags über eine Eingabe der Arbeitslosen debattierte, zu heftigen Ausschreitungen. Um 12 Uhr marschierten von den hier befindlichen 5000 Arbeitslosen etwa 2000 Männer und Frauen vor dem Landtagsgebäude zu einer Demonstration auf. Nach längerem Verharren vor dem Gebäude drang ein großer Teil der Demonstranten gewaltsam in das Haus ein, räumte in den Sitzungssälen, schlug die Türen ein und zertrümmerte Tische und Stühle. Die Abgeordneten suchten sich nach Möglichkeit durch die Pforten vor persönlichen Gewalttätigkeiten noch in Sicherheit zu bringen. In dem wüsten Durcheinander wurden der Landtagspräsident Dr. Jasper und einige andere Abgeordnete unter Stühlen und Tischen begraben und mit Häuten und Stößen mißhandelt, darunter namentlich Fabrikdirektor Müller, der kurz vor dem Erscheinen a. g. gesagt hatte, ein Teil der Arbeitslosen sei arbeitslos; diese Äußerung war von den unten harrenden Arbeitslosen entziffert in der Form wiedererzählt worden, daß alle Arbeitslosen als arbeitsloses Gefindel bezeichnet worden seien.

Kadek in der Märtyrerverse.

Berlin, 18. Febr. Der bolschewistische Führer Karl Kadek hat nach der „Roten Fahne“, dem hiesigen Spartakusblatt, seine Verteidiger beauftragt, den Einwand, daß er infolge seiner Stellung in Russland den deutschen Gesetzen nicht unterliege, fallen zu lassen, da er nicht wünsche, besser bei den Berichten behandelt zu werden als seine deutschen Genarrungsgegnern. Kadek scheint aus der Rot eine Tugend zu machen.

Ein reaktionärer Putschversuch in München.

Prinz Joachim von Preußen verhaftet.

München, 20. Febr. München war gestern der Schauplatz eines Putsches, der nicht von den Spartakisten, sondern von der Gegenseite ausging. Es soll sich hier um reaktionäre Kräfte handeln, die ein geheimes Komitee zum Schutze des am Freitag zusammengetretenen Landtages gebildet haben. Der Obermarfke Löffler, der dem provisorischen Nationalrat angehört, habe es vor einiger Zeit unternommen, mehrere tausend bayerische Matrosen, die von Wilhelmshafen und Kiel hier eintreffen sollten, in München zu demobilisieren. Der erste Trupp von etwa 600 Mann befand sich seit einigen Tagen in der Stadt. Heute nachmittag 5 Uhr erschien nun eine bewaffnete Matrosenabteilung vor dem Landtag, um ihn zu besetzen. Die republikanische Schutzwehr des Landtags verwehrte ihnen den Eintritt. Zu den Matrosen, die das Gebäude besetzen wollten, waren nämlich unterdessen etwa 50 Pioniere unter Führung eines Bismarckbells gestoßen. Sie hatten, um den Eintritt zu erzwingen, eine Handgranate in den Gang geworfen, wodurch eine Frau schwer und ein Bedienter des Landtags leicht verletzt wurden. Die Hauswache machte darauf von den Maschinengewehren Gebrauch. Ein Mitglied des Vollzugsausschusses wurde verwundet. Die Angreifer räumten sodann das Feld.

Nachdem nun bekannt geworden war, daß die Matrosen ingriffen das Telegraphenamt, die Stadtkommandantur und das Polizeipräsidium besetzt hatten, wurde vom Rätekonferenz eine zehnköpfige Kommission zur Untersuchung der Vorgänge bestimmt. Diese teilte bald darauf mit, daß auch der Polizeipräsident Steiner und der Sekretär des Ministerpräsidenten Gieseler, dessen Name noch nicht bekannt ist, verhaftet worden seien. Gieseler erschien alsbald, bestätigte, daß er verhaftet war, sich aber selbst wieder befreit habe. Er erklärte außerdem, daß auf seine Veranlassung Prinz Joachim von Preußen, der sich als Graf Herz hier aufhalte und mit den Ereignissen in Verbindung stehe, festgenommen worden sei. Nach einiger Zeit wurden die von den Matrosen besetzten Gebäude durch die Münchener republikanischen Truppen befreit, so daß der unterbrochene telegraphische und telefonische Verkehr wieder aufgenommen werden konnte. Dabei kam es zu verschiedenen Schießereien. Die Zugänge zum Bahnhof sind noch gesperrt. Rüge werden weder nach München

herin noch hinausgelassen. Die bayerische Regierung erklärt in einer Kundgebung, sie habe die notwendigen Maßnahmen zum Schutze des Landtags getroffen, werde aufschärfte die Schuldigen verfolgen und warne dringend vor allen Putschversuchen.

Volksstaat und Räteystem.

München, 19. Febr. Der Landeskonferenz der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte beschloß zu Beginn seiner heutigen Beratungen einstimmig, seine Aufgabe erst dann als vollständig erledigt zu betrachten, wenn Garantien der Regierung gegeben sind, daß der Einbau der Räte in den Volksstaat in der von ihm geforderten Form erfolgt und auch seine Forderungen an das Gesamtministerium hinsichtlich der militärischen Fragen restlos erfüllt sind.

Ein vernünftiger A. u. S.-R.

Berlin, 19. Febr. Die Berliner Morgenblätter melden aus Osnabrück: Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß einstimmig, nach den Gemeinderatswahlen die politischen Geschäfte in die Hände der neuen gesetzmäßigen Behörde zurückzulegen.

Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln.

Berlin, 20. Febr. Nach einer Meldung der „B. Z. u. M.“ erklärten in den letzten Verhandlungen in Spa und in Trieb über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln die Vertreter Amerikas und der Entente, daß eine Kreditgewährung an Deutschland ausgeschlossen sei. Deutschland sei in der Lage, zu zahlen. Der Vorkühende der deutschen Kommission für Lebensmitteleinfuhr und für die Finanzierung, Unterstaatssekretär v. Braun, gab darauf eine genaue Aufstellung über Deutschlands finanzielle Lage, um die Kreditnotwendigkeit zu beweisen. Kame die Lebensmitteleinfuhr wegen Kreditverweigerung nicht zustande, so müßten unsere Schiffe bleiben, damit wir uns aus anderen Ländern versorgen könnten. Die Ausführungen v. Brauns machten auf die Entente-Kommission, die keine Vollmacht zur Kreditgewährung hatte, großen Eindruck. Es wurden u. a. Abmachungen über weitere Lebensmittellieferungen von 235 000 Tonnen zum Preise von ungefähr 11½ Millionen Pfund Sterling getroffen. Die Finanzierung dieses Kaufes beschloßigt zurzeit die beteiligten Stellen. Die Zahlungsmittel sollen durch Kupferanmahlung der noch im Inland befindlichen ausländischen Werte und durch gesteigerte Ausfuhr von Rohstoffen und Waren beschafft werden. Die Verhandlungen darüber gehen weiter.

Die Verantwortlichkeitsfrage.

Paris, 20. Febr. (Havas-Meldung. Antlich.) Die drei Unterkommissionen für die Feststellung der Verantwortlichkeit für den Krieg und seine Urheber traten am Dienstagnachmittag zum erstenmal zum Zweck der Einteilung der Arbeit zusammen. Eine andere Unterkommission ist für Sonderstudien eingerichtet worden, die bereits begonnen haben. Die mit dem Studium für die Kontrolle der zu internationalisierenden Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen beauftragte Unterkommission trat Dienstagnachmittag zusammen und nahm von dem Sach der britischen und französischen Delegation über die Internationalisierung von Flüssen Kenntnis. Die Wortlaute der beiden Anträge gingen an den Redaktionsausschuß zurück, welcher den Gegenstand beim nächsten Zusammentritt wieder vorbringen wird.

Rumänische und tschechische Gewalttaten.

Budapest, 18. Febr. In Hermannstadt ist es am Samstagnachmittag zu überaus blutigen Demonstrationen gekommen. Ein von Kattatoren angeführter Rudenogrom artete in eine allgemeine Plünderung und blutige Straßenkämpfe aus. Das rumänische Militär gab mehrere Salven ab. Zahlreiche Personen wurden getötet, viele verwundet. Rumänische Soldaten drangen in die Privathäuser ein und verübten allerlei Schandthaten. — In Kaschau wurde heute wegen des gewalttätigen Auftretens der Tschechen der Generalkrieg erklärt. Alle Geschäfte sind geschlossen und alle Betriebe ruhen. Angeblich ist es zu großen Ausschreitungen gekommen. Doch fehlen nähere Berichte.

Ein anderer Ton der Tschechen gegen Deutsch-Böhmen?

Prag, 19. Febr. Das Proger halbamtliche „Abendblatt“ bringt an leitender Stelle einen Aufruf zur Versöhnung Deutsch-Böhmen, in dem angegeben wird, daß von beiden Seiten Fehler begangen worden seien. Beim Anschluß an Deutschland würde Deutsch-Böhmen zu einer kleinen Provinz herabsinken und die Fabrikanlagen würden reibungslos einer Katastrophe anheimfallen. Deutsch-Böhmen müßte die gesamte Staatsschuld Deutschlands mitbezahlen, und die Folge wäre die unausbleibliche Verarmung Deutsch-Böhmens. Für die Republik wird schließlich als neuer Name Tschechoslowakisch-deutsche Republik vorgeschlagen.

Windau von den Bolschewisten geräumt.

Rüsch, 20. Febr. Die Agentur Osnab meldet aus Kopenhagen: Von der britischen Flotte heftig beschossen, haben die Bolschewisten Windau geräumt.

Verlobung des Prinzen von Wales mit der Prinzessin Yolanda.

Genf, 19. Febr. Wie die französischen Zeitungen ankündigen, hat der gegenwärtige Besuch der Königin von Italien in Paris den Zweck, die Verlobung der Prinzessin Yolanda mit dem Prinzen von Wales vorzubereiten.

